

Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder)

Antrag der Stadtverordneten

Jörg Gleisenstein (Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Die Linke)

Sandra Seifert,

Norbert Leitzke

und Fraktion Die Linke

zur Stadtverordnetenversammlung am 13.06.2013

Frankfurt (Oder), den 30.05.2013

Kinder- und Jugendbeteiligung in Frankfurt (Oder) verbessern

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Frankfurt (Oder) setzt sich zum Ziel, Kinder und Jugendliche besser an den für sie relevanten Entscheidungen zu beteiligen und in die politische und gesellschaftliche Willensbildung einzubeziehen sowie bei Kindern und Jugendlichen den Mitgestaltungswillen in ihrer konkreten Lebensumwelt zu wecken und zu fördern.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, die bestehenden Strukturen, bei denen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen möglich oder vorgesehen ist, darzustellen und zu bewerten und der Stadtverordnetenversammlung bis zum Ende des Jahres 2013 Vorschläge zu einer verbesserten altersgemäßen Kinder- und Jugendbeteiligung vorzulegen.
3. Dabei sind insbesondere unter Einbeziehung der Kinderbeauftragten zum Beispiel die Etablierung eines Kinder- und Jugendparlamentes, die Schaffung konkreter AnsprechpartnerInnen in der Verwaltung und Möglichkeiten eines auf Kinder und Jugendliche zugeschnittenen Beschwerde- und Widerspruchssystem zu prüfen.
4. Bei der Erarbeitung konkreter Vorschläge sind SchülervorteilerInnen, Studierendenvertretung, Jugendklubs, Jugendabteilungen von Verbänden, Vereinen und Parteien aktiv zu beteiligen.
5. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Ergebnis dieses Prozesses der Stadtverordnetenversammlung eine Ergänzung der Hauptsatzung im Entwurf vorzulegen.

Begründung:

In Frankfurt (Oder) gibt es trotz verschiedener Initiativen in der Vergangenheit keine kontinuierliche Kultur der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der politischen Willensbildung. Durch den demografischen Wandel wird der Anteil dieser Altersgruppe immer kleiner. Damit steigt auch die Gefahr, dass ihre Bedürfnisse und Interessen immer weniger wahrgenommen werden. In einer sich ändernden Gesellschaft erwarten Kinder und Jugendliche immer stärker, dass sie angehört werden, sich beteiligen können und ihre Interessen selbstständig artikulieren und wahrnehmen können.

Die Stadt als Lebensort ist dabei für das Aufwachsen neben der Familie von großer Bedeutung. Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg spricht u.a. in § 13 von der Beteiligung der Einwohner. Damit sind nicht nur wahlberechtigte BürgerInnen, sondern alle EinwohnerInnen der Stadt/ Gemeinde gemeint. Entsprechend steht der Stadt bei der Ausgestaltung dieser Rechte ein großer Spielraum zur Verfügung. Eine Verpflichtende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe im Kinder- und Jugendhilfegesetz geregelt.

Die Förderung der politischen Willensbildung bei Kindern und Jugendlichen ist zur Stärkung der Demokratie und der Zivilgesellschaft eine wichtige Aufgabe, die in Frankfurt (Oder) bisher nur unzureichend wahrgenommen wird. Die Einübung in demokratische Mitverantwortung, das frühzeitige Kennenlernen von demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten bereitet einer späteren Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, den Weg bereitet und kann dazu beitragen Politikverdrossenheit abzumildern.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, des gesellschaftlichen Wandels und sich ändernder Anforderungen ist die Stadt Frankfurt (Oder) deshalb aufgefordert, hier aktiv(er) zu werden. Dies gilt auch vor dem Hintergrund der Änderung des Wahlalters für Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre. Auch die bevorstehenden Wahlen im nächsten Jahr sollten Anlass sein, auf diesem Feld tätig zu werden.

Konkret empfiehlt der Landesjugendring, dass sich die Mitgestaltungsmöglichkeiten auf folgende Bereiche erstrecken kann: Straßenverkehr in Bezug auf Sicherheit und Schutz vor Gefahren, Radverkehr, ÖPNV, Spielplätze, Spiel- und Sportflächen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Schulen, Bildungs- und Kultureinrichtungen.